

**Der Landrat
Fachdienst 6
Planen und Bauen
Bauaufsicht**

Herrn
Alois Frohne-Brinkmann
Südmerzener Str. 24
D-49586 Merzen

Datum: 14. Juni 2016
Zimmer-Nr.:
Auskunft erteilt:
Durchwahl:
Tel. (0541) 501-
Fax: (0541) 501-
E-Mail:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

FD6-56-05983-15

01853-02-11

Baugrundstück: Merzen, Südmerzener Str. 24
Gemarkung: Südmerzen
Flur: 13
Flurstück(e): 32/3

Neubau Schweinemaststalles; Neubau eines Güllehochbehälters
1. Nachtrag zur BlmSchG-Genehmigung vom 23.09.02, Az.11-01853-02
-Umbau Ferkelaufzuchtstall zum Schweinemast- u. Krankenstall
(5); Abdeckung eines Güllehochbehälters mit Schwimmkörpern (7a)-

Nachtragsgenehmigung Nr. 05983/15

Sehr geehrter Herr Frohne-Brinkmann,

auf Ihren Antrag erteile ich Ihnen gemäß § 70 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nieders. GVBl. S. 46) in der zurzeit gültigen Fassung die Genehmigung, die vorgenannte Baumaßnahme abweichend von der Baugenehmigung entsprechend den beigefügten, geprüften und mit Vermerk versehenen Bauvorlagen auszuführen. Die Bauvorlagen und die nachfolgenden Hinweise, Auflagen und Bedingungen sind Bestandteil der Genehmigung.

Diese Nachtragsgenehmigung ist Bestandteil der vorgenannten Baugenehmigung. Deren Bedingungen, Auflagen und Hinweise gelten weiterhin, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben oder geändert werden.

Diese Nachtragsgenehmigung verliert gleichzeitig mit dem Ablauf der Baugenehmigung ihre Gültigkeit. Falls die Gültigkeit der Baugenehmigung (einschließlich der Nachträge) verlängert werden soll, so muss der Antrag auf Verlängerung innerhalb der Geltungsdauer der Baugenehmigung gestellt werden.

Die mit grüner Farbe auf den Bauvorlagen eingetragenen Änderungen und Ergänzungen sowie der Prüfbericht zur statischen Berechnung - soweit vorhanden - sind bei der Bauausführung zu beachten. Die auf den Bauvorlagen eingetragenen Prüfungsbemerkungen sind Auflagen und Bedingungen im Sinne der NBauO.

Kostenbescheid

nach der Baugebührenordnung (BauGO) vom 13.01.1998 (Nds. GVBl. S. 3), der allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) vom 05.06.1997 und dem Nds. Verwaltungskostengesetz vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der jeweils geltenden Fassung sind entsprechend dem beigefügten Berechnungsbogen Gebühren und Auslagen in Höhe von insgesamt

1.055,19 EUR
zu entrichten.

Bitte überweisen Sie diesen Betrag unter Angabe des Kassenzeichens 6.1010.601261.2 innerhalb einer Woche auf das Konto IBAN: DE81 2655 0105 0000 2012 69 bei der Sparkasse Osnabrück (BIC-/SWIFT-Code: NOLADE22XXX).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, einzulegen. Ein Widerspruch gegen die Kostenfestsetzung hat nach § 80 Abs. 1 Ziff. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbindet daher nicht von der Zahlungspflicht.

Der Widerspruch kann auch in elektronischer Form eingelegt werden, sofern er mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen ist. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die sich u.a. aus dem im Impressum der Landkreis-Homepage (www.landkreis-osnabrueck.de) befindlichen elektronischen (pdf-)Dokument „Grundsätze zur elektronischen Kommunikation“ ergeben. Es gelten insbesondere die in diesem Dokument enthaltenen Ausführungen zu den „formgebundenen Vorgängen“.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrage

Anlage zur Nachtragsgenehmigung Nr. 05983/15**Auflagen und Hinweise**

1. Nach § 52 NBauO hat die Bauherrin/der Bauherr vor Baubeginn den Namen der Bauleiterin/des Bauleiters und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen. Die Bauleiterin oder der Bauleiter muss über die für diese Aufgabe erforderliche Fachkenntnisse verfügen.
2. In den Betriebseinheiten dürfen nach Änderung der angezeigten Maßnahmen folgende Tierplätze vorhanden sein:

Betriebseinheit	Tierart	Tierzahl
1	Mastschweine	173
2	Mastschweine	320
3	Mastschweine	160
4	Mastschweine	314
5	Mastschweine (auch Krankenstall)	196
6	keine Tierhaltung	0
7	Mastschweine	552
8	Mastschweine	912

3. Die Stallungen müssen entsprechend der DIN 18910 "Klima in geschlossenen Ställen" mit einer Lüftungsanlage versehen sein.
4. Alle 3 Jahre, gerechnet ab dem Datum der Inbetriebnahme der Stallungen, ist die Lüftungsanlage durch ein Fachunternehmen überprüfen zu lassen. Durch Bescheinigung des Fachunternehmers ist nachzuweisen, dass die geforderten Leistungswerte der Lüftungsanlage weiterhin eingehalten werden. Diese Bescheinigung ist nach hier einzureichen.
5. Bereits erteilte immissionsschutzrechtliche Auflagen aus vorangegangenen Genehmigungen behalten (**außer sie werden geändert, ergänzt, aufgehoben oder ersetzt**) ihre Gültigkeit.
6. In der Schweinemast / Ferkelproduktion (o. a.) darf ausschließlich RAM-II- / -S- (o. a.) Futter eingesetzt werden.

Es gilt die Verpflichtungserklärung zum Einsatz von RAM-Futter. Die Belege für das bezogene RAM-Futter, aus denen Futtermittelhersteller und -deklaration hervorgehen müssen, sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren. Sie sind dem Landkreis Osnabrück oder einem von diesem beauftragten Dritten neben weiteren Unterlagen, aus denen Art und Umfang des Einkaufs von Futtermitteln bzw. Ergänzungsmitteln sowie Zu- und Verkauf von Tieren hervorgeht, sowie ggf. Buchführungsunterlagen auf Verlangen zu Prüfungszwecken vorzulegen.

Die Kosten der Kontrollmaßnahmen, die stichprobenartig oder aus besonderen Gründen – in der Regel alle drei Jahre – erfolgen werden, sind von Ihnen zu tragen.

7. Die Abgabe des Wirtschaftsdüngers an den Betrieb Marlies Gerdemann, Merzen ist durch Lieferscheine, aus denen Art und Menge (in Tonnen oder cbm), der Abnehmer und das Datum der Abgabe hervorgehen, zu dokumentieren. Sie müssen vom Abnehmer rechtsverbindlich unterschrieben sein.

Die Lieferscheine sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren. Sie sind dem Landkreis Osnabrück oder einem von diesem beauftragten Dritten neben weiteren Unterlagen, aus denen die Zahl der gehaltenen Tiere und der selbst bewirtschafteten Fläche hervorgeht, sowie ggf. Buchführungsunterlagen auf Verlangen zu Prüfungszwecken vorzulegen.

Die Kosten der Kontrollmaßnahmen, die stichprobenartig oder aus besonderen Gründen – in der Regel alle drei Jahre – erfolgen werden, sind von Ihnen zu tragen.

Stellt sich bei Kontrolle der Nachweise heraus, dass die ordnungsgemäße Beseitigung nicht mehr gegeben ist, kann die Baugenehmigung widerrufen werden. Dieses hätte eine Nutzungsuntersagung für den Stall zur Folge.

Bei neuen Abnahmeverträgen ist ein qualifizierter Flächennachweis für die entsprechenden Flächen vorzulegen.

8. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück, dem Hauptverband des Osnabrücker Landvolkes, dem Maschinenring Artland e.V. sowie der Arbeitsgemeinschaft der Beratungs- und Erzeugerringe im Altkreis Bersenbrück e.V. vom 15.08.2000 sowie die Nährstoffabgabe-/vermittlungs-/aufnahmeverträge werden Bestandteil der Baugenehmigung.

Die mit der Baugenehmigung erteilte Betriebsgenehmigung der baulichen Anlage erlischt, d.h. die weitere Nutzung der Anlage ist unzulässig, wenn die Kooperationsvereinbarung oder/sowie die aufgrund dieser abgeschlossenen Nährstoffabgabe-/aufnahme-/vermittlungsverträge aufgehoben werden bzw. infolge Zeitablaufs erlöschen, und nicht fortgesetzt werden oder aus anderen Gründen erlöschen, insbesondere auch dann, wenn dem Bauherrn infolge Verstoßes gegen die Kooperationsvereinbarung die Verträge gekündigt werden.

Absatz 2 gilt nicht, wenn rechtzeitig vor Beendigung der Verträge ein ununterbrochener Nachweis für den Verbleib bzw. mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbare Verbringung der abzugebenden Nährstoffe der Genehmigungsbehörde vorgelegt wird. Der Inhalt und Umfang der Nachweise ist rechtzeitig mit der Genehmigungsbehörde abzustimmen.

9. Die als Anlage beigefügten Auflagen und Hinweise des Veterinärdienstes für Stadt und Landkreis Osnabrück sind Bestandteil dieses Bescheides.

10. Die Prüfung des Bauantrages hat ergeben, dass gemäß § 77 Abs. 1 NBauO zunächst auf eine Rohbau- und Schlussabnahme (Gebrauchsabnahme) seitens der Baugenehmigungsbehörde verzichtet wird.

Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Baumaßnahme nur so ausgeführt werden darf, wie sie genehmigt wurde. Eine Beschränkung der Bauüberwachung auf Stichproben bleibt vorbehalten. Gemäß § 3 Abs. 4 NBauO dürfen bauliche Anlagen erst in Gebrauch genommen werden, wenn sie sicher benutzbar sind.

Auflagen und Hinweise der Düngbehörde bezüglich des Verwertungskonzeptes

Auflagen

1. Der Antragsteller/Betreiber hat erhebliche Änderungen hinsichtlich der Antragsangaben zum Verwertungskonzept der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Von einer erheblichen Änderung ist auszugehen,
 - wenn sich die tatsächlich verfügbare gegenüber der im Verwertungskonzept nachgewiesenen verfügbaren Fläche um mehr als 10 % verringert hat,
 - bei einer nachträglichen Beschränkung in der Nutzbarkeit der angegebenen Verwertungsflächen für Wirtschaftsdünger,
 - wenn sich der Verwertungsweg bei der Abgabe von Wirtschaftsdünger oder Gärresten geändert hat (Wechsel des Vertragspartners),
 - wenn sich das Produktionsverfahren ändert und dieses zu einem höheren Nährstoffanfall von mehr als 10 % des ursprünglich genehmigten Wertes für Stickstoff oder Phosphat führt,
 - wenn Vorgaben, zu denen eine Verpflichtungserklärung gegenüber der Genehmigungsbehörde abgegeben wurde (Einsatz von RAM-Futter, Verzicht auf mineralische Unterfußdüngung), nicht mehr in vollem Umfang eingehalten werden.
2. Wechselt die Tierhalterin, der Tierhalter, die Anlagenbetreiberin oder der Anlagenbetreiber, hat der neue Tierhalter oder Anlagenbetreiber dies der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
3. Mindestens drei Monate vor dem vertragsgemäßen Auslaufen bzw. spätestens drei Monate nach Kündigung von vorgelegten Abgabeverträgen ist der Bauaufsichtsbehörde ein entsprechend neuer Vertrag vorzulegen. Sofern der neue Vertrag hinsichtlich Verwertungsweg und -menge nicht dem vorherigen Vertrag entspricht, ist binnen einer Frist von drei Monaten ein neues Verwertungskonzept vorzulegen.

Hinweis:

Ordnungswidrig i. S. des § 80 Abs. 2 NBauO handelt, wer eine nach den vorgenannten Auflagen erforderliche Anzeige nicht erstattet. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 80 Abs. 5 NBauO mit einer Geldbuße bis zu 50 000 EUR geahndet werden.

Hinweise

1. Bei der Aufbringung der anfallenden Wirtschaftsdünger/Gärreste sind die Vorgaben der geltenden Düngeverordnung in der Fassung vom 27.02.2007 zu beachten. Änderungen düngerechtlicher Vorschriften, die Einfluss auf die Berechnung des vorgelegten Verwertungskonzeptes haben, können eine Anpassung des Verwertungskonzeptes erfordern. Gegebenenfalls ist ein neues Verwertungskonzept vorzulegen.
2. Bei der Abgabe und Beförderung des Wirtschaftsdüngers als organisches Düngemittel sind düngerechtliche Vorschriften zu beachten. Dazu gehören eine ordnungsgemäße

- Deklaration des Düngemittels beim Inverkehrbringen gem. Düngemittelverordnung (DüMV) vom 16. Dezember 2008
 - Aufzeichnung der verbrachten Mengen gem. § 3 der Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdüngern vom 21. Juli 2010
 - Meldung der aufgezeichneten Mengen gem. § 1 der Niedersächsischen Verordnung über Meldepflichten in Bezug auf Wirtschaftsdüngern vom 1. Juni 2012.
3. Die Wirtschaftsdüngerabgabe fällt ab dem Zeitpunkt des Inverkehrbringens aufgrund ihrer Menge (mehr als 200 t) in den Geltungsbereich der Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdüngern vom 21.07.2010 sowie der Niedersächsischen Verordnung über Meldepflichten in Bezug auf Wirtschaftsdünger vom 01.06.2012. Der Betreiber ist verpflichtet, sich gemäß § 5 der Verordnung spätestens einen Monat vor dem erstmaligen Inverkehrbringen von Wirtschaftsdünger der Landwirtschaftskammer als zuständige Behörde mitzuteilen.